



www.laender-analysen.de/ukraine

»UNZIVILE GESELLSCHAFT« XENOPHOBIE VERTRAUEN UND ZUSTIMMUNG DAS NORMANDIE-TREFFEN

■ ANALYSE	Der ambivalente Aufstieg einer ukrainischen »unzivilen Gesellschaft« nach dem Euromaidan Von Andreas Umland	2
■ ANALYSE	Militante russische Nationalisten Nikolay Mitrokhin (Universität Bremen)	7
■ UMFRAGE	Toleranz und Intoleranz in der ukrainischen Gesellschaft	11
■ UMFRAGE	Vertrauen in politische und soziale Institutionen	12
■ UMFRAGE	Das Gipfeltreffen im Normandie-Format	16
■ CHRONIK	25. November – 9. Dezember 2019	19

Der ambivalente Aufstieg einer ukrainischen »unzivilen Gesellschaft« nach dem Euromaidan

Von Andreas Umland

Zusammenfassung:

Parteipolitischer Ultranationalismus war bislang in der postsowjetischen Ukraine – insbesondere bei nationalen Wahlen – ungewöhnlich schwach. Die drei wichtigsten rechtsradikalen Parteien »Freiheit« (Swoboda), »Rechter Sektor« (Prawyj Sektor) und »Nationales Corps« sind auch nach dem Euromaidan politisch marginal geblieben. Allerdings hat eine rechtsextreme »unzivilen Gesellschaft« – die teils eng mit ultranationalistischen Parteien verbunden ist – im Kontext des anhaltenden Krieges mit Russland an öffentlicher Akzeptanz gewonnen. Die Aktivitäten dieser Nichtregierungsorganisationen und deren gelegentliche Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen verlangen nach sorgsamer Beobachtung durch ukrainische und ausländische Watch-Dog-Organisationen sowie Eindämmung durch die Kiewer Regierung.

Einführung

Der ukrainische Ultranationalismus war während des Großteils der postsowjetischen Geschichte des Landes in puncto landesweiter Parteien und Wahlen ein überraschend schwaches Phänomen. Trotz der enormen sozialen und wirtschaftlichen Spannungen in der ukrainischen Gesellschaft während der letzten 30 Jahre haben rechtsextreme Parteien und deren Bündnisse bei nahezu allen nationalen Wahlen miserabel abgeschnitten. Das ist angesichts der wiederholten Wahlerfolge rechtsradikaler und -populistischer Gruppierungen in etlichen ost- wie westeuropäischen Ländern im selben Zeitraum bemerkenswert.

Aufgrund ihres schwachen Abschneidens bei Wahlen waren extrem rechte, politisch ambitionierte Aktivistinnen oft genötigt, sich auf Regional- und Lokalpolitik (insbesondere in der Westukraine) zu beschränken. Andere Akteure verblieben aufgrund der mangelnden Unterstützung rechtsradikaler Parteilisten im Rahmen dessen, was in der vergleichenden Politikwissenschaft als »unzivilen Gesellschaft« bezeichnet wird. Dieser Begriff bezeichnet eine Kategorie von Nichtregierungsorganisationen, die primär weder gewinn- noch machtorientiert sind und somit als zivilgesellschaftliche Akteure betrachtet werden können. Jedoch sind die Ideen, Ziele, Netzwerke und Aktionen solcher unzüvilen Gruppen im- oder explizit antidemokratisch. Sie verbreiten keine bürgerschaftlichen Werte, die auf Gleichstellung, Toleranz und Pluralismus beruhen, sondern exklusive, manichäische und hierarchische Gesellschaftsbilder.

Solche Gruppen mögen zwar, wie auch gewöhnliche zivilgesellschaftliche Organisationen, hilfreich dabei sein, bei ihren Mitgliedern die Entwicklung organisatorischer, intellektueller, rhetorischer, emotionaler sowie anderer Fähigkeiten zu fördern. Doch werden diese Fertigkeiten dazu eingesetzt, autoritäre, xenophobe, homophobe, patriarchalische und andere illiberale Ideen zu

propagieren oder gar durchzusetzen. Gelangen die Anführer oder Mitglieder solcher unzüviler Organisationen in die hohe Politik, tendieren sie dazu, Demokratie abzubauen und nicht zu fördern.

Der kurze Aufstieg der Freiheitspartei 2012–2014

In der postsowjetischen Geschichte der Ukraine hat es nur einmal eine ultrarechte Partei gegeben, die zeitweise in der Werchowna Rada eine Fraktion stellte, nämlich 2012–2014 die Allukrainische Union »Swoboda« (dt.: »Freiheit«). Vom März bis zum Oktober 2014 war »Swoboda« zudem acht Monate lang mit einigen Ministern in der ersten Regierung nach der Revolution der Würde vertreten. Der relative Erfolg von Swoboda bei den Parlamentswahlen 2012 mit 10,44 Prozent und die kurze Regierungsbeteiligung nach dem Euromaidan kamen beide unter besonderen politischen Umständen zustande.

Der kurzzeitige Vorstoß von Swoboda in die nationale Politik war vor allem eine Reaktion auf den Aufstieg kremlnaher antiukrainischer politischer Akteure sowie eine Folge von Disziplinlosigkeit und Uneinigkeit im gemäßigten nationalliberalen Parteienlager. Bevor Swoboda 2012 ins Parlament einzog, hatte die moskautreue Außen- und Kulturpolitik etlicher prorussischer Regierungsmitglieder sowie Parlamentsabgeordneter unter Präsident Wiktor Janukowytsch patriotische Teile der Wählerschaft der Ukraine mobilisiert und radikalisiert. Gleichzeitig verletzte eine Anzahl von Abgeordneten, die bei den Parlamentswahlen 2007 über die prowestlichen Parteilisten »Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung« und »Julija-Tymoschenko-Block« in die Werchowna Rada eingezogen waren, ihre Mandate, nachdem Janukowytsch 2010 zum Präsidenten gewählt wurde.

Die Mandatswechsler wurden in der Ukraine ironisch als *Tuschki* gebrandmarkt – ein unübersetzba-

res russisches Wort, das tote Tierkörper meint und mit dem Begriff »Zombies« übertragen werden kann. Etliche Parlamentarier der Fraktionen Wiktor Juschtschenkos und Julija Tymoschenkos schlugen sich im Sommer 2010 auf die Seite der neuen prorussischen Regierungskoalition, die das Kabinett von Premierminister Mykola Asarow (der heute in Russland lebt) stützte, und wurden damit zu *Tuschki*. Dies geschah, obwohl diese 2010 überlaufenden *Tuschki*-Abgeordneten drei Jahre zuvor über geschlossene Listen der beiden »orange« Wahlbündnisse Juschtschenkos und Tymoschenkos gewählt worden waren. Vor diesem Hintergrund war vor den Parlamentswahlen 2012 eines der Wahlversprechen von Swoboda, dass die Listen- und Direktkandidaten der Freiheitspartei im Falle ihrer Wahl das Vertrauen der Wähler nicht verraten würden – ein Gelöbnis, das alle gewählten Swoboda-Abgeordneten im Anschluss getreu einhielten.

Im März 2014 erhielt Swoboda aufgrund von Differenzen zwischen den beiden wichtigsten national-liberalen Fraktionen, der Partei »Vaterland« (»Batkivschtschyna«) unter der Führung von Arsenij Jazenjuk und der »Ukrainischen Demokratischen Allianz für Reformen« (ukr. Abk.: UDAR, russ.: Schlag) von Witalij Klytschko, darüber hinaus einige Ministerposten im ersten Post-Euromaidankabinett. Da UDAR sich nicht an der postrevolutionären Übergangsregierung beteiligen wollte und die »Partei der Regionen« Janukowytshs sich in Auflösung befand, wäre nur ein national-liberales Einfraktionskabinett möglich gewesen. Vor diesem Hintergrund gestand »Vaterland« der Partei »Swoboda« die Leitung einiger Ministerien sowie den Posten des Generalstaatsanwalts zu. In den folgenden acht Monaten folgte die Freiheitspartei von Oleh Tjahnybok in der Regierung meist dem Kurs, den die Nationalliberalen vorgaben. Im September 2014 etwa stimmte die Swoboda-Fraktion einstimmig für die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU – eine bemerkenswerte Entscheidung für eine rechtsradikale Partei, die mit vielen Grundwerten der EU uneins ist.

Das ultranationalistische Potential in der Ukraine

In der Ukraine gibt es seit den frühen 1990er Jahren, wie in den meisten europäischen Ländern, ein differenziertes rechtes Parteienspektrum, mit ca. einem Dutzend mehr oder minder radikaler nationalistischer politischer Organisationen, die regelmäßig an landesweiten, regionalen und Kommunalwahlen teilnehmen. Mitunter schlossen diese Gruppen aus wahltaktischen Gründen Bündnisse untereinander oder mit gemäßigeren Gruppierungen. So veranstalteten die drei wichtigsten

ultrarechten Parteien »Swoboda«, »Nationales Corps« und »Rechter Sektor« sowie einige kleinere Gruppen im März 2017 einen gemeinsamen Kongress, auf dem sie ein sog. Nationales Manifest verabschiedeten.

Die radikale Rechte der Ukraine verfügte in der Vergangenheit und verfügt auch heute über eine Anzahl prominenter und weithin bekannter Führungsfiguren wie Jurij Schuchewytsh, Dmytro Kortschinskyj, Oleh Tjahnybok, Dmytro Jarosch, Andrij Bilezkyj oder Ruslan Koschulinskyj. Neben dem relativen Erfolg von Swoboda bei den Parlamentswahlen 2012 erzielte die ukrainische extreme Rechte gelegentlich bei Regional- und Kommunalwahlen – insbesondere in der Westukraine – sowie bei Parlamentswahlen in Direktwahlkreisen Einzelerfolge. Bei den meisten landesweiten Abstimmungen nach Verhältniswahlrecht stimmte allerdings lediglich ein kleiner oder sehr kleiner Teil der Wählerschaft für ultranationalistische Gruppen.

Die aus marginalen Grüppchen nach dem Euromaidan entstandenen Parteien Rechter Sektor und Nationales Corps haben seit 2014 immer wieder deutlich gemacht, dass sie nach politischer Macht streben. Der ehemalige Anführer des Rechten Sektors, Dmytro Jarosch, und der derzeitige Anführer des Nationalen Corps, Andrij Bilezkyj, waren von 2014 bis 2019 Abgeordnete der 8. Werchowna Rada. Sie kommen beide aus der Ostukraine und zogen mit Direktmandaten ins Parlament ein – Jarosch aus einem Wahlkreis in seiner Heimatregion Dnipropetrowsk und Bilezkyj aus dem Kiewer Stadtbezirk Obolon. Der Rechte Sektor war Ende 2013 aus einer losen Verbindung unterschiedlicher nationalistischer Kleingruppen hervorgegangen, die sich auf dem Euromaidan um Jaroschs bis dahin kaum bekannte Wehrsportgruppe »Dreizack Stepan Banderas« scharten. Im April 2014 gründete der Rechte Sektor das sog. Freiwillige Ukrainische Corps (ukr. Abk.: DUK) – eine kleine paramilitärische Einheit, die am Donbas-Krieg teilnahm und bis heute ein irreguläres Bataillon ist.

Die politische Partei Nationales Corps ging aus den neonazistischen Jugendgruppen »Patriot der Ukraine« und »Sozial-Nationale Versammlung« unter der Führung von Andrij Bilezkyj hervor. Im Sommer 2014 bildeten die Anführer dieser beiden Gruppen den Kern des semiregulären Freiwilligenbataillons »Asow«, das inzwischen ein reguläres Regiment der Nationalgarde beim Innenministerium der Ukraine ist. Mitglieder, Veteranen und Sympathisanten von »Asow« gründeten am 14. Oktober 2016 die Partei Nationales Corps mit Bilezkyj als Vorsitzendem.

Sowohl der Rechte Sektor als auch das Nationale Corps ziehen ihren heutigen Ruhm aus der medienwirksamen Beteiligung ihrer Anführer an der Verteidigung

der Ukraine gegen Russland. Während die marginalen Vorläufergruppen der beiden Parteien vielen Ukrainern kaum bekannt waren, wurden Jarosch, Bilezkyj und einige andere radikale nationalistische Politiker ab 2014 zu nationalen Kriegshelden. Jarosch wurde sogar im Krieg verwundet. Durch die Beteiligung von Ultranationalisten am Krieg, oft mit eigenen Freiwilligenbataillonen, hat sich deren öffentliches Profil, soziale Stellung, politische Legitimität und allgemeine Popularität in der Ukraine merklich erhöht.

Paradoxerweise hat die deutlich gewachsene nationale wie internationale Sichtbarkeit und gesellschaftliche Akzeptanz radikaler Nationalisten in der Ukraine seit 2014 allerdings kaum Erfolge an der Wahlurne nach sich gezogen, zumindest nicht bei landesweiten Wahlen. Im Gegenteil: Der Wählerzuspruch für Swoboda sank bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2014 gegenüber 2012 von 10,44 Prozent auf 4,7 Prozent. Fünf weitere Jahre später sank er bei den jüngsten Wahlen zur Werchowna Rada noch einmal auf 2,15 Prozent.

Letzteres Ergebnis war für die Ultranationalisten umso frustrierender, als Swoboda bei den Parlamentswahlen im Juli 2019 in einer offiziellen Listenvereinigung mit dem Rechten Sektor, Bilezkyjs Nationalem Corps und Jaroschs sog. Staatsinitiative angetreten war. Damit waren die vier wichtigsten rechtsradikalen Kräfte in einem Block zusammengefasst und keine Konkurrenten untereinander, wie es im Oktober 2014 zwischen Swoboda und dem Rechten Sektor der Fall gewesen war. Der vereinigte Ultranationalistenblock scheiterte im Juli 2019 nichtsdestoweniger überraschend klar an der Fünf-Prozent-Hürde und konnte nur ein Direktmandat erringen.

Die Präsidentschaftskandidaten der Rechten waren in den vergangenen zehn Jahren mit Ergebnissen von konstant weniger als 2 Prozent noch erfolgloser als ihre Parteilisten. Unmittelbar nach dem Euromaidan erhielten im Mai 2014 Tjahnybok 1,16 Prozent und Jarosch 0,7 Prozent, während Koschulinskyj als gemeinsamer Kandidat der meisten rechtsradikalen Gruppen im März 2019 immerhin 1,62 Prozent erreichte. Er schnitt damit fünf Jahre nach der Revolution der Würde ähnlich miserabel ab, wie es Tjahnybok als Kandidat von Swoboda gut drei Jahre vor Beginn des Euromaidans mit 1,43 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen 2010 ergangen war.

Die stabil geringe Wählerunterstützung für Rechtsradikale in den beiden unterschiedlichen historischen Phasen der Ukraine vor und nach dem Euromaidan ist bemerkenswert. Nicht nur hat sich die Wählerdemographie der Ukraine durch die russische Annexion der Krim und Okkupation des östlichen Donezbeckens im Frühjahr/Sommer 2014 zugunsten der Ethnonationalisten entwickelt, da sie in diesen Teilen der Ukraine

kaum Unterstützung hatten und haben. Die niedrigen Wahlergebnisse der Rechten sind umso beachtlicher, als sich die ukrainische Gesellschaft seit 2014 aufgrund des anhaltenden heißen Konfliktes im Donbas und des allgemeinen Hybridkrieges des Kremls gegen die Ukraine in einem permanenten geopolitischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und psychischen Stresszustand befindet.

Diese Umstände hätten an und für sich einen günstigen Hintergrund für ethnozentrische Propaganda und den Aufstieg ultranationalistischer Gruppen liefern müssen. Allerdings konnte bis Ende 2019 in der politischen Landschaft der Ukraine kaum etwas beobachtet werden, was auch nur annähernd an die hohen Wahlergebnisse oder jahrelange Regierungsbeteiligung verschiedener Rechtspopulisten und Ultranationalisten in etlichen anderen europäischen Ländern erinnern würde. Vielmehr stellt sich die Ukraine nach fünf Jahren Krieg als ein Land dar, dass 2019 mit Wolodymyr Selenskyj nicht nur einen jüdischstämmigen Präsidenten wählte, sondern für ca. drei Monate gleichzeitig auch einen jüdischstämmigen Premierminister hatte – Wolodymyr Hroisman, der von April 2016 bis August 2019 die ukrainische Regierung führte.

Die zunehmende gesellschaftliche Verankerung der Ultrarechten

Nichtsdestotrotz bleiben eine aufmerksame Beobachtung und ggf. entschiedene Zurückdrängung rechtsradikaler Aktivitäten wichtige Aufgaben für ukrainische und internationale Watch-Dog-Organisationen. Das ultranationalistische Milieu der Ukraine mag zwar an der Wahlurne erfolglos sein und bleiben. Doch hat dessen zahlenmäßige Stärke seit dem Euromaidan eher zugenommen. Die Rechte insgesamt ist organisatorisch besser aufgestellt und taktisch raffinierter geworden.

Die Rechtsradikalen bleiben weitgehend von der nationalen ukrainischen Politik ausgeschlossen und haben nach den letzten Parlamentswahlen selbst ihre zuvor schon nur geringe Repräsentanz in der Werchowna Rada fast vollständig eingebüßt. Doch haben sich in den vergangenen Jahren viele ultranationalistische Aktivisten unterschiedlichen Projekten in der ukrainischen »unzivilen Gesellschaft« zugewandt, und zwar in einer großen Bandbreite von Bereichen – angefangen von geschichtspolitischen Fragen über Korruptionsbekämpfung bis hin zum Umweltschutz. Mitunter haben es ultrarechte Gruppen geschafft, staatliche Protektion und Unterstützung für ihre Aktivitäten zu erhalten, etwa im Rahmen bestimmter Veteranen- und Bildungsprogramme.

Auch vor 2014 waren Teile der nationalliberalen politischen Elite der Ukraine bereit, mit Rechtsradi-

kalen zusammenarbeiten. Allerdings waren diese Allianzen meist situationsbedingt und weniger strategischer oder ideeller Natur. Je länger der bewaffnete Konflikt mit Russland andauert, desto stärker vermögen es heute selbst Randgruppen wie die inzwischen weiterhin bekannte Neonazi-Gruppe S14 (oder C14), in die ukrainische Gesellschaft und in öffentliche Angelegenheiten integriert zu werden. Die Distanz zwischen dem Mainstream und extremistischer Politik, zwischen ziviler und unziviler Gesellschaft, gemäßigten und radikalen nationalistischen Gruppen, schrumpft nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch kulturell und mental. Die offizielle politische Rhetorik der Ukraine, der Diskurs in den Medien, die Kulturpolitik sowie die Debatte über erinnerungspolitische Fragen sind zwischen 2014 und 2019 mit jedem Jahr militanter und patriotischer geworden. Dadurch haben auch extrem rechte historische und heutige Vorstellungen, Führungsfiguren und Organisationen in der ukrainischen Gesellschaft an sozialer Akzeptanz, wenn nicht Sympathie gewonnen.

In westlichen Demokratien liegt die wichtigste politische Trennlinie heute zwischen den Anhängern und den Gegnern von kulturellem oder sozialem Liberalismus. In der Ukraine hingegen drehen sich die wichtigsten politischen Fragen um die Haltung der jeweiligen Person oder Gruppe zur nationalen Unabhängigkeit der Ukraine, zum Krieg mit Russland, zum korrupten oligarchischen System und zur Westorientierung, wobei letztere eher als geopolitische Ausrichtung denn als normative Bindung verstanden wird. Da die ukrainischen Ultrationalisten zu großen Teilen ähnliche Antworten auf diese Fragen geben wie viele ukrainische Nationalliberale, werden erstere von letzteren immer mehr akzeptiert.

So war zum Beispiel im Januar 2019 der Anführer der erwähnten neonazistischen Gruppe S14, Jewhen Karas, ein Mitglied der ukrainischen Delegation beim Ökumenischen Patriarchat Konstantinopel in Istanbul. Anlass war die Verleihung der Autokephalie an die Ukrainische Orthodoxe Kirche durch das inoffizielle Oberhaupt der Ostchristentums Bartholomäus I. Die Anwesenheit von Karas bei der offiziellen Zeremonie sorgte unter ukrainischen und ausländischen Menschenrechtsaktivisten für Aufsehen. Der peinliche Zwischenfall wurde in der ukrainischen Gesellschaft jedoch zu keinem großen Thema. Aufmerksamkeit erregte vielmehr die Teilnahme eines ukrainischen Geschäftsmanns mit kriminellem Hintergrund, der ebenfalls bei der Kirchenzeremonie in Istanbul zugegen war.

Weder S14 noch Swoboda oder der Rechte Sektor stellen allerdings heute die größte ultrationalistische innere Gefahr für die junge Demokratie in der Ukraine dar. Eher könnte die facettenreiche »Asow-Bewegung«

mit ihrem regulären Regiment bei der ukrainischen Nationalgarde, ihren Verbindungen in die Führung des Innenministeriums, ihrer Partei Nationales Corps, ihrer unbewaffneten Bürgerwehr »Nationale Gefolgschaften« (*Nazionalni drushyny*) und diversen anderen Ablegern, eine langfristig größte Bedrohung seitens des ukrainischen Rechtsextremismus darstellen. Die Asow-Bewegung hat es im Gegensatz zu früheren ukrainischen ultrarechten Organisationen vermocht, eine multidimensionale und betont moderne soziale Bewegung zu schaffen, die besonders für junge Menschen attraktiv und nicht, wie im Falle Swobodas, regional beschränkt ist.

Die ältere Freiheitspartei ist zwar an der Wahlurne und als Organisation immer noch stärker als das Nationale Corps. Sie ist heute allerdings nur noch in Galizien eine relevante politische Kraft. Der Rechte Sektor hat seit Ende 2014 seine Dynamik aus der Zeit während und nach dem Euromaidan eingebüßt. Nach dem Austritt seines Gründungsvaters und prominentesten Anführers Dmytro Jarosch Ende 2015 ist der Rechte Sektor zu einer Randerscheinung mit nur geringer Organisationsstärke und Wählerunterstützung geworden. Jarosch wiederum hat es nach seinem Weggang vom Rechten Sektor bislang nicht geschafft, aus seiner 2016 gegründeten sog. Staatsinitiative eine bedeutsame Organisation zu machen.

»Asow« hingegen hat – als eine Bewegung, die ursprünglich aus dem weitgehend russischsprachigen Charkiw stammt – eine gleichmäßigere Verbreitung im Land und war noch nicht von größeren Abspaltungen betroffen gewesen. Vor allem fungiert die Asow-Bewegung als eine dynamische unzivile Assoziation, die ihre Unterstützung unter Jugendlichen im Inland und ihre Kontakte unter Rechtsextremisten im Ausland intensiv ausbaut. Sie ist ein sichtbarer Teil internationaler Netzwerke rechter Aktivisten geworden und unterhält Verbindungen zu diversen, meist rassistischen Randgruppen im Ausland, unter anderem in den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und der Russischen Föderation.

Schlussfolgerungen

Das auch 2019 weiterhin ungewöhnlich schwache Abschneiden ukrainischer Rechtsradikaler an den Wahlurnen ist ermutigend. Die geringe gesellschaftliche Unterstützung für parteipolitisch organisierten Ultrationalismus in der Ukraine ist erstaunlich, wenn man dieses Phänomen mit jüngeren Wahlerfolgen rechter Populisten und Extremisten in anderen europäischen Ländern vergleicht. Trotz des aktiven bewaffneten Konfliktes im Osten der Ukraine und der weiten Verbreitung von Schusswaffen seit 2014, haben es die ukraini-

schen Rechtsextremisten bisher weitgehend unterlassen, in innerukrainischen politischen Auseinandersetzungen die ihnen zur Verfügung stehenden Waffen einzusetzen.

Allerdings gibt es mindestens vier Tendenzen in der Entwicklung des ultranationalistischen Milieus der Ukraine seit 2014, die Anlässe zu Sorge bereiten. Zum einen wächst aufgrund Russlands Krieges gegen die Ukraine die Toleranz und teils sogar eine Sympathie der ukrainischen Elite wie Gesellschaft in Bezug auf historische wie zeitgenössische radikale nationalistische Organisationen, Aktionen und Personen. Zweitens haben seit 2014 bestimmte ultrarechte Organisationen über die Gründung von paramilitärischen Freiwilligenverbänden Zugang zu Schusswaffen und ja zum Teil gar zu schweren Waffen erlangt. Einige rechtsextreme Parteien kontrollieren immer noch ir- oder semireguläre militärische Gruppen wie das Freiwillige Ukrainische Corps des Rechten Sektors oder die sog. Ukrainische Freiwilligenarmee von Jaroschs Staatsinitiative, wobei die Begriffe »Corps« und »Armee« für diese kleinen bewaffneten Einheiten hyperbolisch sind. Drittens sind ultrarechte Organisationen zunehmend in der außerpar-

lamentarischen Opposition, unzivilen Gesellschaft, Kulturlandschaft, Kommunalpolitik und inoffiziellen internationalen Beziehungen der Ukraine präsent.

Viertens führt die allgemein wachsende Duldsamkeit der ukrainischen Gesellschaft gegenüber rechtsradikalen Kriegsveteranen zu einer schwächeren Abgrenzung des Staates von ultranationalistischen Gruppen. So hat es wiederholt Fälle einer Zusammenarbeit zwischen bestimmten Regierungsinstitutionen wie dem Sicherheitsdienst oder dem Veteranenministerium der Ukraine einerseits und Teilen der rechtsradikalen Szene andererseits gegeben. Die Ukraine bleibt zwar mit Blick auf die Wahlergebnisse ultrarechter Parteien eine positive Ausnahme. Die steigende öffentliche Präsenz unzivilier Gruppen im ukrainischen Alltag und zunehmende gesellschaftliche Unterstützung für den historischen wie auch heutigen ukrainischen Ultranationalismus sind allerdings neue Aufmerksamkeit erfordernde Merkmale der Ukraine nach dem Euromaidan.

*Autorisierte Übersetzung aus dem Englischen:
Hartmut Schröder*

Über den Autor:

Dr. Dr. Andreas Umland hat in Leipzig, Berlin (FU), Oxford und Stanford studiert und wurde in Cambridge in Politikwissenschaft sowie in Berlin in Geschichtswissenschaft promoviert. Er ist derzeit Lehrbeauftragter an der Universität Jena, Nonresident Fellow am Institut für internationale Beziehungen Prag, Herausgeber der Buchreihen »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« und »Ukrainian Voices« und Mitglied der Steuerungsgruppen der Internationalen Assoziation für Vergleichende Faschismusforschung, der NRO »Kiewer Gespräche« Berlin und des Boris-Nemzow-Zentrums für Akademische Russlandforschung der Karlsuniversität Prag sowie der Redaktionsbeiräte von »Fascism: Journal of Comparative Fascist Studies«, des »Journal of Soviet and Post-Soviet Politics and Society« und von »The Ideology and Politics Journal«.

Lesetipps:

- Anti-Equality Monitoring: How to Mainstream Neo-Nazis. A Lesson from Ukraine's C14 and an Estonian Think Tank, in: Bellingcat, 8. August 2019. www.bellingcat.com/news/uk-and-europe/2019/08/08/how-to-mainstream-neo-nazis-a-lesson-from-ukraines-c14-and-an-estonian-think-tank/.
- Anti-Equality Monitoring: Ukraine's Ministry of Veterans Affairs Embraced the Far Right – With Consequences to the U.S., in: Bellingcat, 11. November 2019. www.bellingcat.com/news/uk-and-europe/2019/11/11/ukraines-ministry-of-veterans-affairs-embraced-the-far-right-with-consequences-to-the-u-s/.
- Chambers, Simone; Jeffrey Kopstein: Bad Civil Society, in: Political Theory, 29.2001, Nr. 6, S. 837–865.
- Griffin, Roger: From Slime Mould to Rhizome. An Introduction to the Groupuscular Right, in: Patterns of Prejudice, 37.2003, Nr. 1, S. 27–50.
- Kuzmenko, Oleksiy: 'Defend the White Race'. American Extremists Being Co-Opted by Ukraine's Far-Right, in: Bellingcat, 15. Februar 2019. www.bellingcat.com/news/uk-and-europe/2019/02/15/defend-the-white-race-american-extremists-being-co-opted-by-ukraines-far-right/.
- Likhachev, Viacheslav: The 'Right Sector' and Others. The Behavior and Role of Radical Nationalists in the Ukrainian Political Crisis of Late 2013 – Early 2014, in: Communist and Post-Communist Studies, 48.2015, Nr. 2, S. 257–271.
- Mierzejewski-Voznyak, Melanie: The Radical Right in Post-Soviet Ukraine, in: Jens Rydgren (Hg.): The Oxford Handbook of the Radical Right, Oxford: Oxford University Press 2018, S. 608–629.
- Rechtsextremismus in der Ukraine. Gruppierungen und ihre Aktivitäten im Überblick. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung 2019.

- Shekhovtsov, Anton: From Electoral Success to Revolutionary Failure. The Ukrainian Svoboda Party, in: Eurozine, 5 März 2014. <http://www.eurozine.com/articles/2014-03-05-shekhovtsov-en.html/>.
- Shekhovtsov, Anton; Andreas Umland: Ukraine's Radical Right, in: Journal of Democracy, 25.2014, Nr. 3, S. 58–63.
- Umland, Andreas: Der Begriff der »unzivilen Gesellschaft« als Instrument der historischen und aktuellen Rechtsextremismusforschung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 21.2008, Nr. 4, S. 63–67.
- Umland, Andreas: Irregular Militias and Radical Nationalism in Post-Euromaidan Ukraine. The Prehistory and Emergence of the 'Azov' Battalion in 2014, in: Terrorism and Political Violence, 31.2019, Nr. 1, S. 105–131.

ANALYSE

Militante russische Nationalisten

Nikolay Mitrokhin (Universität Bremen)

Zusammenfassung

Die militanten russischen Nationalisten sind ein kleiner, aber nach den Ereignissen im Donbas politisch überaus wichtiger Bestandteil der großen Bewegung russischer Nationalisten. Diese komplex organisierte und hinsichtlich ihrer Zusammensetzung vielfältige gesellschaftlich-politische Bewegung, die in den 2000er Jahren in den ehemaligen Sowjetrepubliken und in Russland aktiv war, wurde dann im Großen und Ganzen unter die Kontrolle der Präsidentialadministration Putins genommen. Gegenwärtig ergibt sich ein ambivalentes Bild: Der militante Teil der Bewegung, zu dem die Radikalen gehören – hauptsächlich Veteranen unterschiedlicher Truppen für »besondere Einsätze« – verursacht dem Apparat des Regimes in Russland Kopfschmerzen, während er gleichzeitig auch als Reserve für unkonventionelle Kriege jenseits der russischen Grenzen dient.

Einleitung

Die Bewegung der russischen Nationalisten entstand Mitte der 1950er, Anfang der 1960er Jahre in der UdSSR. Damals stellte sie vor allem ein intellektuelles Phänomen dar und genoss die Unterstützung eines Teils des Staatsapparates. Die Bewegung heroisierte damals verschiedene Gruppen russischer Nationalisten und Adliger, die im Laufe des 20. Jahrhunderts bewaffnete Gewalt eingesetzt hatten.

Anfang der 1990er Jahre durchlief die Bewegung eine erhebliche Transformation, als sie die Möglichkeit erhielt, frei zu agitieren. Sie bestand nicht nur aus dem imperialistisch und prorussisch eingestellten Teil der Intelligenzija, sondern auch aus einer großen Anzahl ehemaliger Militärs (insbesondere aus Einheiten für Spezialeinsätze wie den Luftlandtruppen, dem Militärgeheimdienst GRU, den Sturm- und Landungstruppen des Heeres, den Grenztruppen) sowie Mitarbeitern von Polizei und Justiz, Ingenieuren und Beschäftigten des militärisch-industriellen Komplexes. Die Bewegung erfuhr darüber hinaus eine erhebliche Unterstützung im Milieu der Russischsprachigen, die sich außerhalb Russlands auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR befanden und eine potentielle Diskriminierung befürchteten

(oder eine tatsächliche erfahren), insbesondere in Städten mit einer beträchtlichen Präsenz der Sowjetischen Armee, der Flotte, der Grenztruppen und von Einheiten des KGB (Sewastopol, Odessa, Charkiw, Tiraspol, Riga, Kiew, Minsk).

Zur Bewegung russischer Nationalisten gehören Anhänger verschiedener ideeller Konzeptionen, angefangen bei radikalen stalinistischen Kommunisten bis hin zu Verfechtern einer Herrschaft der »weißen Rasse«. Sie hängen unterschiedlichen Varianten einer »idealen Vergangenheit« an, die sie durch ihre Tätigkeit wiederherstellen wollen. Das macht es äußerst schwierig, ein irgendwie geartetes gemeinsames Vorgehen zu erreichen und lässt in einer »normalen« Situation jede Allianz sinnlos werden, auch wenn seit 1991 derlei Versuche mehrfach unternommen wurden. Deshalb verfügen die »harten« (konsequente) russischen Nationalisten bei Wahlen nur über ein äußerst geringes Potential.

Letzteres bedeutet allerdings nicht, dass die Bewegung zahlenmäßig klein ist. Wir können allein in Russland von Zehntausenden aktiver russischer Nationalisten ausgehen. Hinzu kommen Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende, die sich gesellschaftlich oder politisch nicht engagieren, aber mit den Ideen des rus-

sischen Nationalismus sympathisieren und bereit sind, sich in einer kritischen Situation aus freien Stücken für ihn einzusetzen. Ein Teil all dieser Leute hat sich in großen (und häufig internetbasierten) Gemeinschaften zusammengeschlossen – von Kriegsveteranen, ehemaligen Angehörigen von Polizei und Justiz, Kosaken, von Aktiven (Amateuren wie Profis) aus den »patriotischen Clubs« der Kampfsportarten (die oft Verbindungen zu kriminellen Gruppierungen unterhalten), Fan- und Hooligangruppierungen (sogenannte *Torsidy*) bis hin zu radikalen religiösen Aktivisten. Auf Basis dieser Gruppierungen sind häufig »private Wachfirmen« (russ. Abk.: TschOP) entstanden, die dann schon umfassend mobilisierte und gut organisierte Eingreifgruppen darstellen. Das hat beispielsweise der Einmarsch auf die Krim gezeigt, an dem Tausende Angehörige von Kosaken-, Rocker- und anderen *TschOPs* beteiligt waren.

Im Großen und Ganzen können im Falle eines tatsächlichen Krieges Russlands gegen andere Staaten sämtliche genannten Strukturen mobilisiert werden. Das hat die heiße Phase des Kriegs in der Ukraine 2014–2015 gezeigt. In dessen Verlauf wurden russische Nationalisten in ganz Russland freiwillig für eine Beteiligung an den Kampfhandlungen mobilisiert. Zehntausende unterstützten sie dabei mit Spendensammlungen, Kampfausstattungen und nichttödlichen Waffen (Gas-, Sport- und Signalpistolen). Als Mobilisierungsquellen dienten a) eine Beteiligung in hierarchischen ideologischen Organisationen mit ihren Zentren vor allem in Moskau und St. Petersburg, b) lokale Zusammenarbeit mit Leuten aus ideologisch nahestehenden Strukturen, c) Einfluss der Propaganda, die über unterschiedliche Kanäle zu den Betroffenen gelangt, angefangen beim staatlichen Fernsehen bis hin zu Bloggern, die in diesen Kreisen Ansehen genießen. Dabei sind jene Mitglieder der Bewegung russischer Nationalisten, die sich außerhalb Russlands befinden, auf die gleiche Weise und über die gleichen Kanäle in die Bewegung eingebunden, wie die Gruppierungen innerhalb des Landes. Das bedeutet, dass sie mental bereits in Russland, im Milieu der »russländischen« russischen Nationalisten leben, und sich auch als solche betrachten.

Der militante Untergrund der russischen Nationalisten

Seit Beginn der 1990er Jahre ist innerhalb der Bewegung russischer Nationalisten ein militanter Untergrund aktiv. Dieser besteht aus bis zu einigen hundert Personen und ist nicht besonders zahlenstark. Die Basis bilden Veteranen lokaler Kriege (in Afghanistan, Serbien, Abchasien, Tschetschenien), die durch ihre radikalen, fast schon neonazistischen Ansichten hervorstechen. Viele von ihnen sind ehemalige Angehörige der

Luftlandtruppen oder von Brigaden der GRU, die über spezielle Fertigkeiten in militärischer Sabotage verfügen. So haben Mitglieder des militanten Untergrundes in den 1990er und 2000er Jahren regelmäßig Terrorakte verübt, vor allem in russischen Großstädten (zum Beispiel zwei Mal einen Beschuss der US-amerikanischen Botschaft mit Granatwerfern, die Bombenexplosion auf dem Moskauer Markt in Tscherkisowo mit vielen Todesopfern unter den Händlern mit Migrationshintergrund, die Sprengung von Eisenbahnbrücken). Der Untergrund mag zwar nicht zahlreich sein, doch verfügt er über eine beträchtliche Reihe von Unterstützerguppen, die ihn mit Übernachtungs-, Transport- und bescheidenen Finanzierungsmöglichkeiten sowie Waffen versorgen. Personelle und ideelle Unterstützung erfolgt in erster Linie durch ein Netz von Sportlerkreisen, die vollkommen unter der Kontrolle russischer Nationalisten stehen und potenzielle »Stadtpartisanen« ausbilden. Viele Organisatoren und Ausbilder dieser Kreise sind Angehörige des militanten Untergrundes oder sympathisieren zumindest mit ihm. Gleichzeitig rekrutieren sie Kämpfer für Spezialeinheiten der russischen Armee und des FSB, da sie oft ehemalige Angehörige dieser Einheiten sind und mit ihnen noch im ständigen Kontakt stehen.

Der Hauptteil der Feuerwaffen und des Sprengstoffes gelangte und gelangt aus drei Quellen zu ihnen. Eine dieser Quellen sind die »Schwarzgräber«, Gruppen, die an Kampfschauplätzen des Zweiten Weltkrieges nach Relikten suchen, um sie zu verkaufen. Igor Strelkow (echter Name: Girkin), Oberst a.D. des FSB und Gründer der Einheit »Krim«, die die Stadt Slowjansk im Gebiet Donezk einnahm und den Krieg im Donbas begann, war seit Anfang der 2000er Jahre Moderator eines der größten Internetforen, auf denen diese Relikte zum Verkauf und zum Tausch angeboten wurden. Die bekannteste terroristische Gruppe der 2000er Jahre, die »Kampforganisation russischer Nationalisten«, hat Funde dieser »Schwarzgräber« eingesetzt (und sich an deren Tätigkeit beteiligt), während mindestens eines ihrer Mitglieder persönlich mit Girkin bekannt war.

Eine zweite Waffenquelle ist der Schwarzmarkt, der von ehemaligen und aktuellen Militärangehörigen geschaffen wurde, und auf dem Waffen verwertet wurden, die aus Lagern gestohlen oder nach einem Krieg mitgenommen worden waren. Tatsächlich war dieses Netzwerk aus Veteranen »lokaler Kriege«, Mitgliedern des militanten Untergrundes der russischen Nationalisten (beispielsweise in Gestalt von Igor Girkin und einer Reihe seiner Bekannten unter den Veteranen der Kriege in Transnistrien und Tschetschenien), der eigentliche Initiator des Krieges im Donbas. Beim Einmarsch auf die Krim war dessen Rolle hingegen nicht so bedeutend. Nach der Hauptphase der kriegerischen Auseinan-

dersetzungen im Donbas hatte sich dieses Netzwerk mit Hunderten neuer Mitglieder und allem Anschein nach auch einer beträchtlichen Menge Waffen und Munition gefüllt, die aus den Kampfgebieten nach Russland gelangten.

Schließlich gibt es unter den russischen Nationalisten und ehemaligen Militärs etliche »Waffenschmiede«, also Leute, die bereit sind, eigenständig Feuerwaffen, Sprengstoff und Sprengsätze herzustellen oder nicht-tödliche Waffen entsprechend umzubauen.

Beziehungen der Bewegung zum Regime in Russland und ihre Rolle im Konflikt in der Ukraine

Insgesamt haben russische Nationalisten eine äußerst kritische Haltung gegenüber jedweder russländischen staatlichen Macht. Diese sei nämlich niemals in der Lage, »die wahren Interessen der [ethnischen] Russen zu wahren«, so wie diese von den Nationalisten verstanden werden. Die Regierungen in Russland haben seit Mitte der 1990er Jahre schrittweise einen Teil der Losungen russischer Nationalisten übernommen. Dabei wurden diese Losungen im öffentlichen Raum in »allgemeinpatriotische«, »volkstümliche« oder »traditionell-religiöse« (christlich-orthodoxe) Thesen umgewandelt. Mit dem Machtantritt Wladimir Putins wurden alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen allmählich unter die vollständige oder teilweise Kontrolle der Präsidentschaft genommen. Das wurde mit Zuckerbrot und Peitsche erreicht. Als Zuckerbrot dienten »Verbindungs«-Organisationen, die zur Koordination und Finanzierung loyaler Organisationen geschaffen wurden. Die Einschätzung der Nützlichkeit oder Schädlichkeit der jeweiligen Organisationen wird von Konsultationsstellen vorgenommen. In letzteren ist beispielsweise Aleksandr Borodaj aufgestiegen, der später, im Sommer 2014 Ministerpräsident der »Donezker Volksrepublik« wurde und ein Freund von Igor Girkin ist. Als Peitsche diente zuerst die fehlende Finanzierung durch den Staat oder durch quasistaatliche Organisationen. Danach wurden den illoyalen Organisationen die großen Sponsoren entzogen. Schließlich folgten Repressionen in unterschiedlicher Form, angefangen bei der Beschlagnahme von Räumlichkeiten bis hin zur Festnahme von Anführern und Aktivisten.

In der Folge waren die meisten Organisationen russischer Nationalisten gezwungen, Loyalität zu demonstrieren oder sich zumindest heftiger Rhetorik zu enthalten. Gleichwohl traf jedes Vorgehen der Regierung Russlands, das auf eine Auferstehung der »Größe Russlands« oder die »Verteidigung der Russen« abzielte, in der Regel auf die Zustimmung und Unterstützung russischer Nationalisten. Deshalb unterstützte die Mehr-

heit der Nationalisten (außer einem Teil der Verfechter eines weißen Rassismus, die in enger Verbindung zu ukrainischen ethnischen Nationalisten und Rassisten standen) intensiv die Annexion der Krim und den Krieg im Donbas. Als unmittelbare Koordinatoren der Beteiligung russischer Nationalisten an der Aggression trat eine Reihe »operativer« Organisationen in Erscheinung, die entweder zum Kreis ehemaliger Führungskräfte der Partei »Rodina« (dt.: »Heimat«) und des »Kongresses russischer Gemeinden« gehörten (Dmitrij Rogosin, Sergej Glasjew, Konstantin Satulin), oder aber ihnen nahestehenden Strukturen allrussischer Verbände von Veteranen der Luftlandtruppen, Afghanistanveteranen oder Kosaken. Oder sie gehörten mafiosen Zusammenschlüssen (z. B. der »Solnzewo-Gruppe« [einer kriminellen Vereinigung, die ihren Namen nach einem Moskauer Stadtteil erhielt; Anm. d. Red.]). Diese standen wiederum einigen Veteranenkreisen nahe.

Während des Eindringens auf die Krim und in den Donbas war die Mobilisierung dieser Gruppierungen auf verschiedenen Ebenen zu beobachten. Am augenfälligsten demonstrierten das die »Kosaken«-Organisationen, die Kosaken (unter anderem Registerkosaken, also jene Kosaken, die im Dienste des Staates stehen) über regionale Organisationen mobilisierten (unter anderem über *Stanizas*, die jeweiligen Organisationen einer konkreten Ortschaft), oder über kosakische »Wachschutzfirmen« (TschOPs). Diese Gruppen aus Kosaken (die in der regionalen Presse offen über ihren Weg auf die Krim berichteten), Mitgliedern von Veteranenorganisationen und Cliques aus »patriotischen« Kampfsportvereinen trafen auf der Krim ein, wurden wohlorganisiert zugeleitet und erhielten in einigen Fällen von Vertretern der Russischen Armee Waffen in die Hand. Gleich daneben gab es einzelne Enthusiasten, die mit der Welle der allgemeinen Mobilisierung von russischen Nationalisten und Kriegsveteranen eintrafen.

Im Donbas erfolgte dieser Prozess in den verschiedenen Monaten nach einem anderen Schema. Der Hauptstrom der Mobilisierten traf über Rostow am Don ein, über Ausbildungslager und nach einer Überprüfung der zukünftigen Kämpfer durch den FSB. Anschließend wurden sie mit Kleinbussen in den Donbas verbracht (die Strecke führte von der Grenze über Luhansk nach Donezk), wo sie in den örtlichen Kommandanturen an die »Jobbörse« kamen: Die Vertreter der verschiedenen Kampfeinheiten boten eine Aufnahme in ihre Reihen an. Erstere versprachen in Abhängigkeit von der militärischen Spezialisierung und Ausbildung einen Sold. Ein Teil dieser Personen, die meist eine Armeeausbildung mit einer Spezialisierung auf schwere Waffensysteme hatten, kehrte dann zeitweise auf das Territorium Russlands zurück, wo sie auf Übungsplätzen der Armee

eine weitergehende Ausbildung und schwere Waffen (Panzer sowie Artillerie- und Raketensysteme) erhielten, die vom russischen Militärbezirk Süd übergeben wurden. Dabei waren auf dem Gebiet des Donbas einzeln und eigenständig Gruppierungen aktiv, die sich aus Mitgliedern der Bewegung russischer Nationalisten und des militanten Untergrundes in Russland rekrutierten, und die in der Anfangsphase der Entfesselung des Konfliktes in Russland Waffen erhalten hatten. Es geht hier u. a. um die Einheit »Krim« von Igor Girkin, das »Allmächtige Donheer« des Atamans Nikolaj Kosizyn (das einen beträchtlichen Teil des Gebietes Luhansk erobert hatte) und die private Militärfirma »E.N.O.T. Corp.«.

Nach Beendigung der offenen Phase des Konfliktes und einer inneren »Normalisierung« der Situation in den mittlerweile entstandenen Enklaven »Donezker Volksrepublik« (»DNR«) und »Luhansker Volksrepublik« (»LNR«) unternahmen russische Geheimdienste deutliche Anstrengungen, damit a) die Waffen aus der »LDNR« nicht nach Russland gelangen (wir haben keine Belege, dass verschobene Waffen die Lage in Russland in einem kritischen Maße beeinflussen würden, auch wenn in den Medien regelmäßig Meldungen über einzelne Zwischenfälle auftauchen), b) die Gruppierungen der Kämpfer ihre Aktivitäten in Russland fortführen können (solange diese nicht auf eine Mobilisierung von Kämpfern für die Front im Donbas abzielen), c) und sich die Aktivitäten im Donbas nicht zu einem Aufbau politischen Kapitals in Russland verwandeln. Der gleiche Igor Girkin, der im Sommer 2014 von russischen Nationalisten als logischer Nachfolger Putins im Amt des Präsidenten Russlands betrachtet wurde, verwandelte sich später durch die Anstrengungen des Kreml in eine totale Randfigur, die in Russland lediglich den Posten eines niederrangigen Vorgesetzten eines Wachunternehmens erhielt.

Dadurch wurde die Bewegung russischer Nationalisten in den Jahren 2015–2019 alles in allem politisch wieder marginalisiert, zersplittert und de facto demobilisiert. Ein deutlicher Beleg hierfür ist der deutliche Rückgang der »Russischen Märsche«, der alljährlichen Moskauer Paraden radikaler russischer Nationalisten. Gegenwärtig werden an diesem Tag vier verschiedene Paraden abgehalten, die alle ihrer Zahlenstärke nach (bis 600 Menschen) nicht mehr als ein Fünftel der »Russischen Märsche« in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre ausmachen.

Schlussfolgerungen

Dennoch kann das gesamte Mobilisierungsnetzwerk der russischen Nationalisten – im Falle einer Zuspitzung der Lage im Innern oder auch außerhalb der Landesgrenzen – schnell wiederbelebt werden. Allerdings sind nun, nach dem Donbas, in den Reihen der Nationalisten nicht mehr nur Tausende, sondern Zehntausende zu finden, die über aktuelle Kampferfahrung und spezifische Fertigkeiten verfügen. Um sie (und eine mögliche Mobilisierung) unter Kontrolle zu bringen, gibt es den »Verband der Freiwilligen des Donbas« mit Aleksandr Borodaj an der Spitze, der über ein verzweigtes Netzwerk regionaler Organisationen und ein beträchtliches Büro in Moskau verfügt. Auf der Internetseite wird direkt verkündet: »Der Verband der Freiwilligen des Donbas ist keine Veteranenorganisation, sondern eher ein Reservekommando. Das haben unsere Anführer mehrfach erklärt« (<https://sddonbassa.ru/trenirovochnye-zanyatiya-dlya-dobrovoltsev/>).

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Der vorliegende Beitrag wurde im Rahmen eines individuellen Projektes zur Erforschung des gegenwärtig bestehenden militanten russischen Nationalismus erstellt, das 2016–2019 im Rahmen eines Stipendiums und von Projekten des Slavic-Eurasian Research Center der Universität Hokkaido, des Bonn International Center for Conversion (und der Volkswagenstiftung), dem VERA Centre for Russian and Border Studies der Universität Ostfinnland (und der Kone foundation) gefördert wurde. Die englischsprachige Version des Beitrags wurde erstmals auf dem Seminar »Russian Identity and Intervention in Ukraine« vorgestellt (Helsinki, 22.10.2019). Ein ausführlicherer Beitrag des Autors zu diesem Thema ist in der Zeitschrift Osteuropa erschienen (2019, Heft 3-4, S. 103–121).

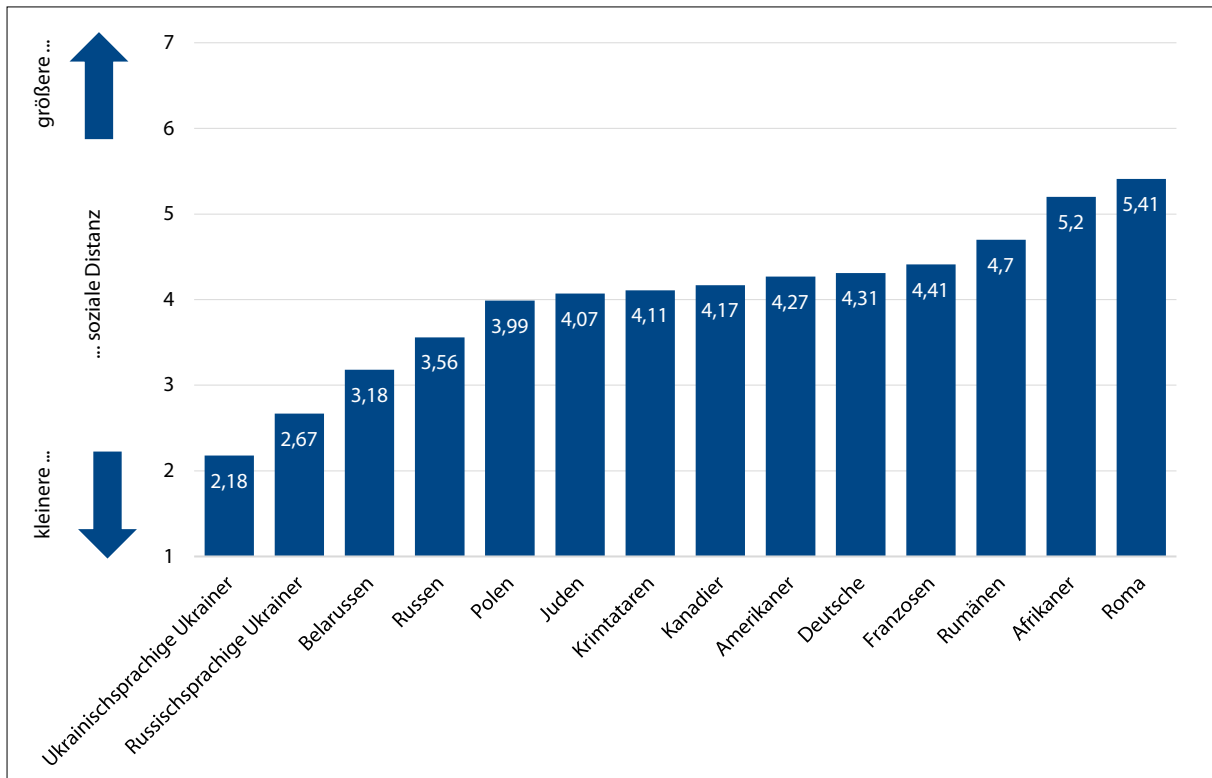
Über den Autor:

Nikolay Mitrokhin wurde 1972 in Moskau geboren. Er war 2008–2014 und ist seit November 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) der Universität Bremen. Er ist Autor zahlreicher Fachpublikationen (z. B. in den Zeitschriften »Osteuropa« und »Nowoje literaturnoje obosrenije«, *NLO*) sowie mehrerer Bücher, u. a.: Mitrokhin, N.: Die russische Partei: Die Bewegung der russischen Nationalisten [=Soviet and Post-Soviet Politics and Society, Bd. 120], Hannover: Ibidem Verlag 2014.

UMFRAGE

Toleranz und Intoleranz in der ukrainischen Gesellschaft

Grafik 1: Index der sozialen Distanz in der Ukraine, September 2019



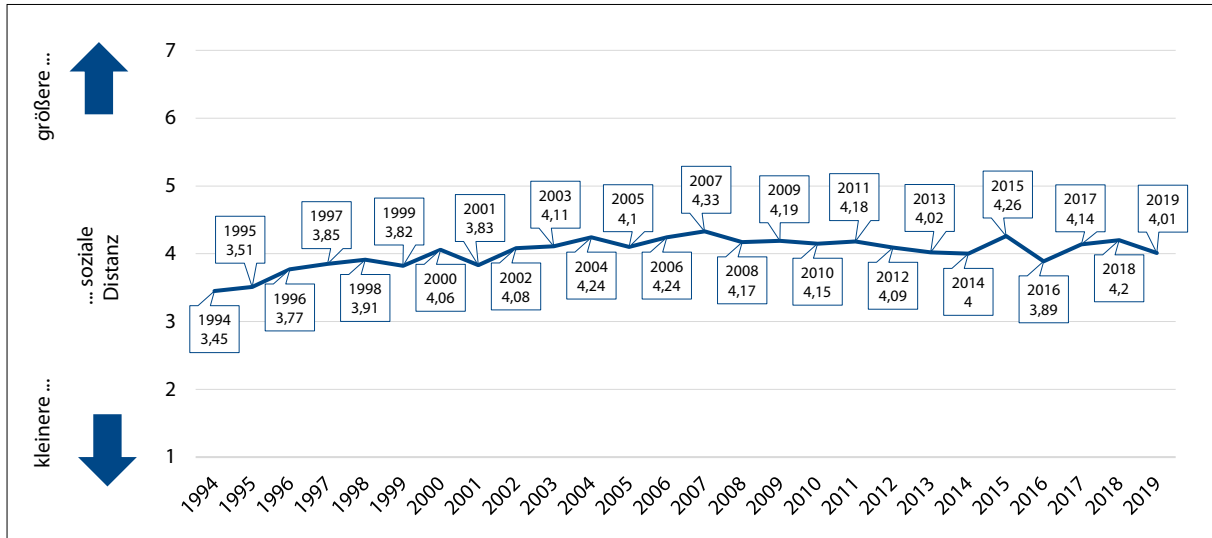
Anmerkung: Der Index der sozialen Distanz wird auf einer 7-Punkte-Skala abgebildet. Je höher die Zahl auf der Skala, desto größer die soziale Distanz zwischen den Gruppen in der Gesellschaft. Der Minimalwert beträgt 1 (die Befragten würden die Vertreter dieser ethnischen Gruppe gerne als Familienmitglieder haben). Der Maximalwert beträgt 7 (die Befragten würden die Vertreter dieser Gruppe nicht in die Ukraine hereinlassen wollen).

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 6.–16. September 2019, veröffentlicht am 7. November 2019, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=904&page=1>

Tabelle 1: Einstellungen zu unterschiedlichen ethnischen Gruppen, September 2019

	Familienmitglieder (1)	Enge Freunde (2)	Nachbarn (3)	Arbeitskollegen (4)	Mitbürger (5)	Besucher der Ukraine (6)	Ich würde sie nicht in die Ukraine hereinlassen (7)
Ukrainischsprachige Ukrainer	59,7 %	11,4 %	5,1 %	5,4 %	12,6 %	5,3 %	0,6 %
Russischsprachige Ukrainer	47,6 %	12,0 %	7,7 %	6,7 %	13,8 %	9,3 %	2,9 %
Belarussen	27,4 %	19,0 %	16,8 %	6,8 %	6,2 %	22,0 %	1,8 %
Russen	34,1 %	9,3 %	11,2 %	5,5 %	5,2 %	21,0 %	13,8 %
Polen	15,6 %	13,4 %	16,2 %	9,4 %	6,5 %	35,0 %	3,9 %
Juden	17,4 %	12,6 %	12,7 %	7,7 %	11,6 %	28,5 %	9,5 %
Krimtataren	14,9 %	12,4 %	11,3 %	7,4 %	23,0 %	23,7 %	7,2 %
Kanadier	14,5 %	15,0 %	9,6 %	9,2 %	6,8 %	41,7 %	3,2 %
Amerikaner	15,4 %	14,2 %	7,8 %	8,7 %	4,8 %	42,8 %	6,4 %
Deutsche	11,3 %	14,6 %	10,3 %	11,0 %	6,4 %	42,0 %	4,4 %
Franzosen	12,4 %	10,3 %	10,6 %	10,5 %	6,2 %	47,3 %	2,7 %
Rumänen	9,0 %	8,1 %	13,1 %	8,1 %	8,4 %	42,5 %	10,9 %
Afrikaner	6,4 %	6,6 %	6,9 %	6,6 %	5,2 %	51,4 %	17,0 %
Roma	4,8 %	5,1 %	7,1 %	5,8 %	14,8 %	29,2 %	33,2 %

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 6.–16. September 2019, veröffentlicht am 7. November 2019, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=904&page=1>

Grafik 2: Dynamik der sozialen Distanz in der Ukraine, 1994–2019

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 6.–16. September 2019, veröffentlicht am 7. November 2019, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=904&page=1>

UMFRAGE

Vertrauen in politische und soziale Institutionen

Tabelle 1: Vertrauen in politische und soziale Institutionen, 2019 (%)
Inwiefern vertrauen Sie den folgenden politischen und sozialen Institutionen?

	Vertraue überhaupt nicht	Vertraue nicht besonders	Vertraue eher	Vertraue voll und ganz	Schwer zu beantworten	Vertrauensindex*
Präsident der Ukraine	9,3	15,5	47,8	20,4	7	43,4
Werchowna Rada	13	31,7	38,2	5,5	11,5	-1
Regierung der Ukraine	13,8	30	37,5	6,7	11,9	0,4
Staatsbürokratie (Beamte)	23,7	44,8	17	2,8	11,6	-48,7
Ukrainische Streitkräfte	7,2	16	48,6	21,7	6,6	47,1
Grenzdienst der Ukraine	10,1	20,9	42,9	14,6	11,5	26,5
Nationalgarde der Ukraine	10,2	19,3	44,7	13,6	12,2	28,8
Polizei	12,9	30,2	38,5	5,7	12,6	1,1
Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU)	15,6	25,1	34,7	7,5	17	1,5
Staatlicher Rettungsdienst der Ukraine	9,9	13,8	46,2	17,2	12,8	39,7

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Vertrauen in politische und soziale Institutionen, 2019 (%)
Inwiefern vertrauen Sie den folgenden politischen und sozialen Institutionen? (Fortsetzung)

	Vertraue überhaupt nicht	Vertraue nicht besonders	Vertraue eher	Vertraue voll und ganz	Schwer zu beantworten	Vertrauensindex*
Staatsanwaltschaft	24,3	38,7	17,4	3,1	16,5	-42,5
Gerichte und Justiz als Ganzes	35,6	37,6	11,6	2,6	12,5	-59
Amtsgerichte	32,9	35	13,1	2,6	16,3	-52,2
Oberster Gerichtshof	29,6	32,1	16,6	3,1	18,6	-42
Verfassungsgericht	27,6	30,6	16,9	3,4	21,5	-37,9
Nationales Antikorruptionsbüro (NABU)	24,8	31,2	18,2	3,4	22,3	-34,4
Sonderstaatsanwaltschaft für Korruptionsbekämpfung (SAPO)	25,9	30,2	16,4	3,4	24,1	-36,3
Nationale Agentur für Korruptionsprävention (NAZK)	26,8	29,2	15,6	3,7	24,7	-36,7
Antikorruptionsgericht	28,4	28,4	15,8	3,4	24	-37,6
Streifenpolizei	18	28,6	34,7	5	13,6	-6,9
Parlamentarischer Menschenrechtskommissar (Ombudsperson)	12,4	16,6	33,7	8,4	28,9	13,1
Ukrainische Medien	12,2	23,7	45,7	8,5	9,8	18,3
Russische Medien	54,8	25,1	5,7	1,7	12,8	-72,5
Ukrainische Nationalbank	21,8	30,5	25,3	3,6	18,8	-23,4
Geschäftsbanken	29,5	36,4	14,9	2,8	16,3	-48,2
Gewerkschaften	18,1	27,8	22	3,7	28,3	-20,2
Politische Parteien	25,6	40,8	14,7	3,1	15,7	-48,6
NGOs	12,2	21,1	46,8	3,8	16,1	17,3
Westliche Medien	15,3	21,9	32,9	4,5	25,5	0,2
Kirche	9,9	15,7	41,5	23,1	9,8	39
Freiwilligen-Bataillone	13	15,5	44,7	17,4	9,4	33,6
Freiwilligenorganisationen	8	13,1	50,8	19,1	9	48,8

* Der Vertrauensindex wird als Differenz zwischen den Summen von positiven und negativen Antworten berechnet.

Quelle: Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 1.–7. November 2019, veröffentlicht am 11. November 2019, <http://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-syutatsii-v-kraini-ta-diialnosti-vlady-riven-doviry-do-sotsialnykh-institutiv-ta-politykiv-2>

Tabelle 2: Vertrauensindex*, 2016–2019 (%)

	November 2016	April 2017	Juni 2018	November 2019
Präsident der Ukraine	-42,3	-49,9	-66,8	43,4
Regierung der Ukraine	-56,6	-69,1	-67	0,4
Werchowna Rada	-66,3	-77,6	-75,3	-1
Staatsanwaltschaft	-63,8	-73,8	-65,7	-42,5
Polizei	-38,9	-19,9**	-22,5**	1,1**
Staatsbürokratie (Beamte)	-73,2	-79,1	-76,7	-48,7
Gerichte und Justiz als Ganzes	-68,6***	-79,6***	-76,6	-59
Amtsgerichte	-	-	-72,2****	-52,2
Oberster Gerichtshof	-	-	-64,6	-42
Verfassungsgericht	-	-	-59,6	-37,9
Ukrainische Streitkräfte	27,2	18,4	23,4	47,1
Grenzdienst der Ukraine	1,6	-3,2	14,2	26,5
Nationalgarde der Ukraine	23,2	9,7	10,8	28,8
Freiwilligen-Bataillone	28,7	-	17,9	33,6
Streifenpolizei (neu)	6,5	-3,9	-13,9	-6,9
Parlamentarischer Menschenrechtskommissar (Ombudsperson)	-	-19,9	-16,9	13,1
Staatlicher Rettungsdienst der Ukraine	-	4,7	16,6	39,7
Nationales Antikorruptionsbüro (NABU)	-27,3	-43,5	-46	-34,4
Nationale Agentur für Korruptionsprävention (NAZK)	-	-	-50,7	-36,7
Sonderstaatsanwaltschaft für Korruptionsbekämpfung (SAPO)	-	-	-50,8	-36,3
Antikorruptionsgericht	-	-	-	-37,6
Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU)	-18,9	-27,1	-21,1	1,5
Regionale Landesverwaltungen	-28,1	-	-	-
Bezirksverwaltungen	-23,9	-	-	-
Lokale Selbstverwaltungsorgane	-5	-	-	-
Ukrainische Nationalbank	-59,1	-69,8	-62,1	-23,4
Geschäftsbanken	-63,8	-73,5	-69,6	-48,2
Ukrainische Medien	6,1	-3,3	-6,2	18,3
Russische Medien	-78,7	-81,8	-76,3	-72,5
Westliche Medien	-18	-20,8	-13,3	0,2
Gewerkschaften	-24,6	-39,5	-37,4	-20,2
Kirche	32,1	36,4	35,1	39
Politische Parteien	-64,8	-74,9	-69,7	-48,6
NGOs	18,9	2,3	6,2	17,3
Freiwilligenorganisationen	44,2	42,2	44	48,8
Freiwillige Bewegung (territoriale Verteidigung)	-	13,2	-	-

* Der Vertrauensindex wird als Differenz zwischen den Summen von positiven und negativen Antworten berechnet.

** 2017–2019 unter der Kategorie »Nationale Polizei« abgefragt.

*** 2016 und 2017 unter der Kategorie »Gerichte« abgefragt.

**** 2018 unter der Kategorie »Lokale Gerichte« abgefragt.

Quellen: Umfragen des Razumkov-Zentrums vom 4.–9. November 2016, 21.–26. April 2017, 1.–6. Juni 2018 und 1.–7. November 2019, http://razumkov.org.ua/uploads/socio/2_Press1116.doc, <http://razumkov.org.ua/uploads/socio/Press0417.pdf>, http://razumkov.org.ua/uploads/socio/2018_06_press_release_ua.pdf, <http://razumkov.org.ua/napiamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-sytuatsii-v-kraini-ta-diialnosti-vlady-riven-doviry-dotsialnykh-institutiv-ta-politykiv-2>

Tabelle 3: Zustimmungswerte: Präsident, Regierung, Parlament 2019 (%)
Inwieweit stimmen Sie der Arbeit und den Äußerungen Selenskyjs im September–November diesen Jahres zu?
Inwieweit stimmen Sie der Arbeit des Ministerkabinetts im September–November diesen Jahres zu?
Inwieweit stimmen Sie der Arbeit der Werchowna Rada im September–November diesen Jahres zu?

	Präsident			Ministerkabinett			Werchowna Rada		
	Oktober	4.–7. November	22.–25. November	Oktober	4.–7. November	22.–25. November	Oktober	4.–7. November	22.–25. November
Stimme voll und ganz zu	25	23	16	14	9	7	12	8	6
Stimme eher zu	39	41	38	37	35	30	41	37	30
Summe (Zustimmung)	64	64	54	51	44	37	53	45	36
Stimme eher nicht zu	13	14	22	16	24	27	19	26	30
Stimme gar nicht zu	9	9	14	11	13	21	11	14	22
Summe (keine Zustimmung)	22	23	36	27	37	48	30	40	52
Schwer zu sagen/ keine Antwort	14	13	11	23	19	16	17	15	13

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 22.–25. November 2019, veröffentlicht am 27. November 2019, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=905&page=1>

Tabelle 4: Wie erfolgreich erfüllen die neuen politischen Kräfte (Präsident Selenskyj, die Regierung, Werchowna Rada, die Strafverfolgungsbehörden) folgende Aufgaben... (%)

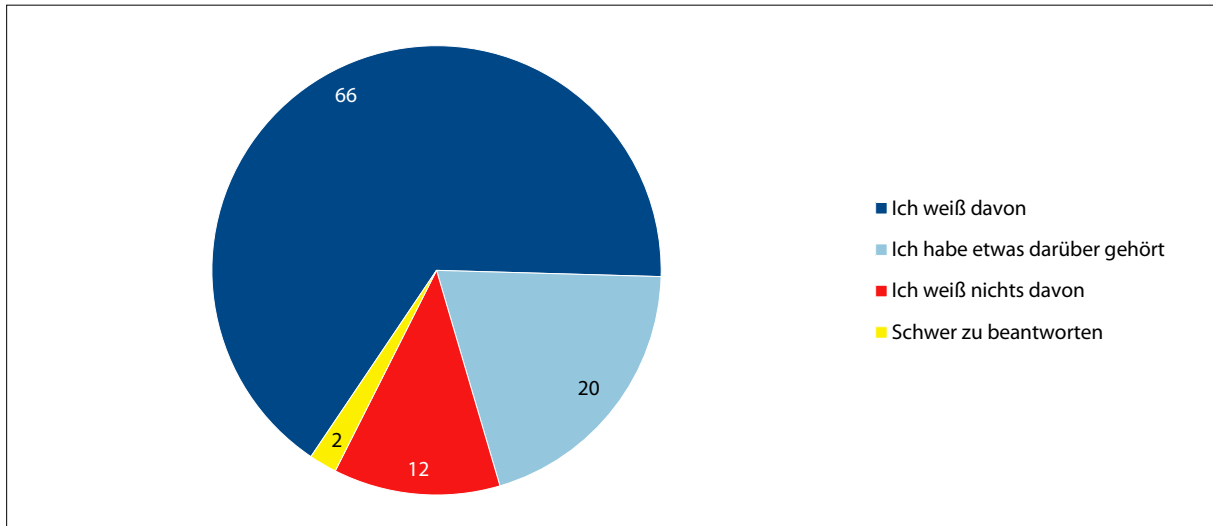
		Sehr erfolgreich	Eher erfolgreich	Summe (erfolgreich)	Nicht besonders erfolgreich	Erfolglos	Summe (nicht erfolgreich)
Die Lösung des Konflikts im Donbas	4.–7. November	4	42	46	32	12	44
	22.–25. November	3	37	40	30	21	51
Korruptionsbekämpfung in höheren Ämtern	4.–7. November	4	19	23	33	36	69
	22.–25. November	2	20	22	30	40	70
Schutz der Meinungsfreiheit	4.–7. November	13	42	55	24	12	36
	22.–25. November	10	37	47	27	17	44
Ermittlungen von Straftaten im Fokus des öffentlichen Interesses	4.–7. November	2	16	18	36	34	70
	22.–25. November	1	16	17	34	37	71
Senkung von Versorgungstarifen (Wärme, Strom, Gas, Warmwasser, usw.)	22.–25. November	1	15	16	36	39	75
Sicherung stabiler Gasimporte und des Gastransits durch die Ukraine	22.–25. November	3	25	28	30	16	46

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 22.–25. November 2019, veröffentlicht am 27. November 2019, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=905&page=1>

UMFRAGE

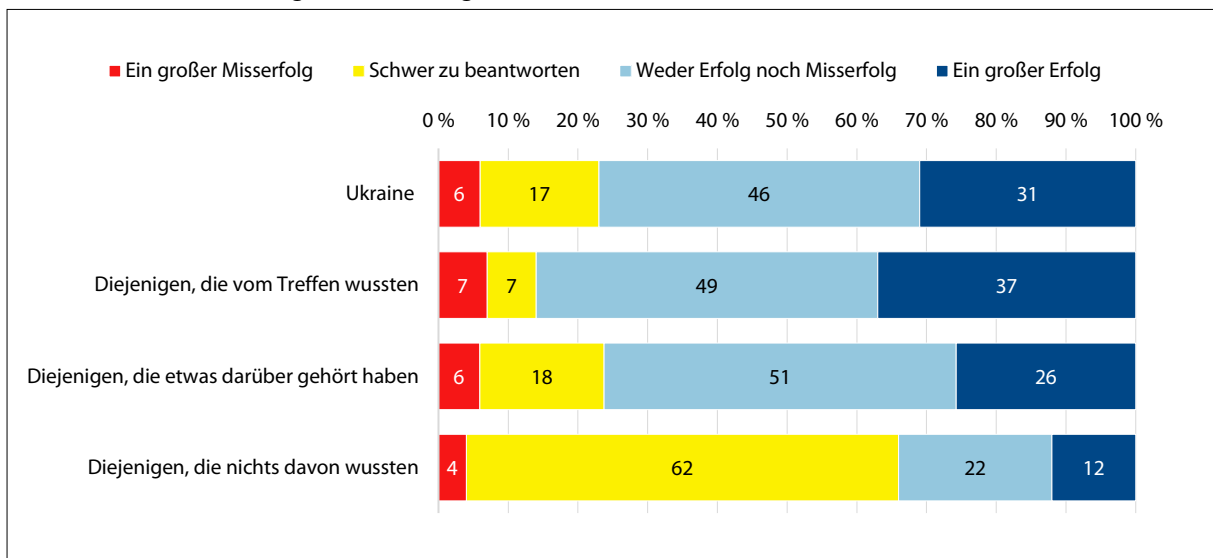
Das Gipfeltreffen im Normandie-Format

Grafik 1: Am 9. Dezember fand das Gipfeltreffen im Normandie-Format statt, bei dem die Situation im Donbas besprochen wurde. Inwieweit sind Sie darüber informiert? (%)



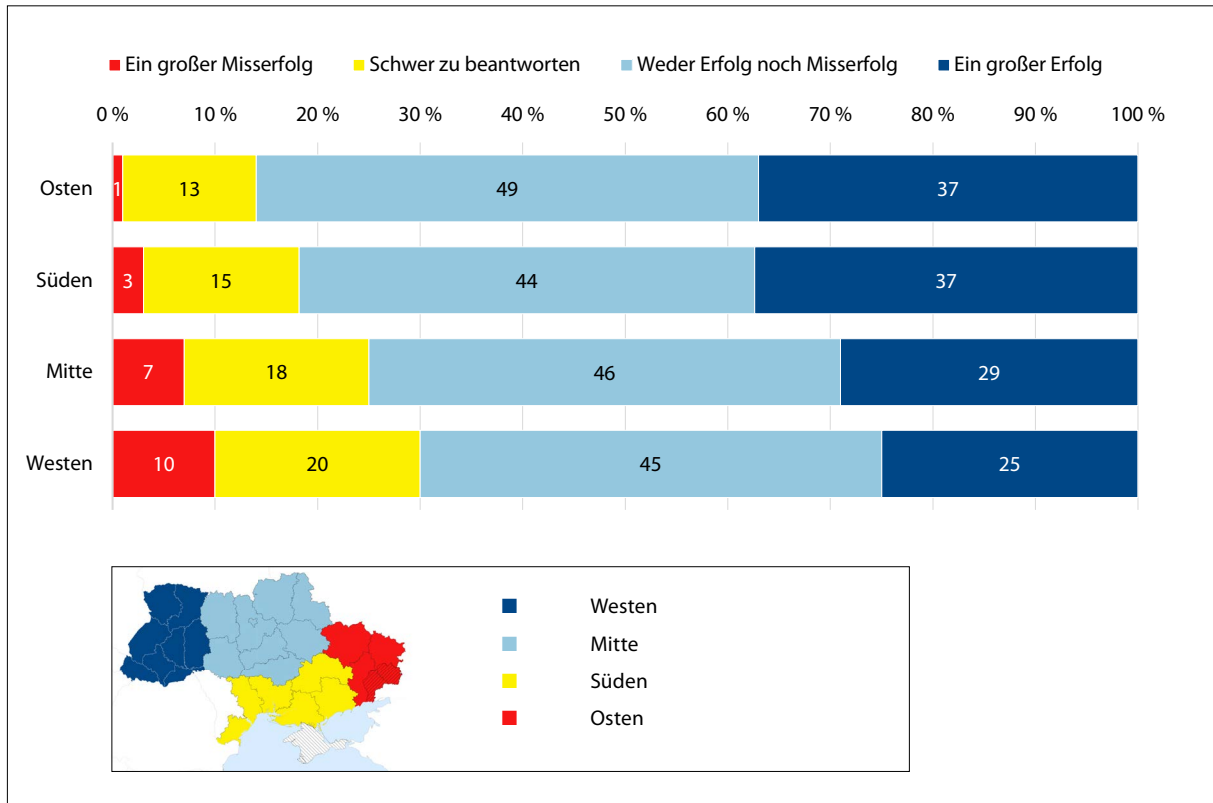
Quelle: Grupa Rejtyng, S. 26, http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_ua_2500_122019_press.pdf

Grafik 2: War das Treffen im Normandie-Format (Ukraine, Russland, Deutschland, Frankreich) Ihrer Meinung nach ein Erfolg oder Misserfolg? (%)



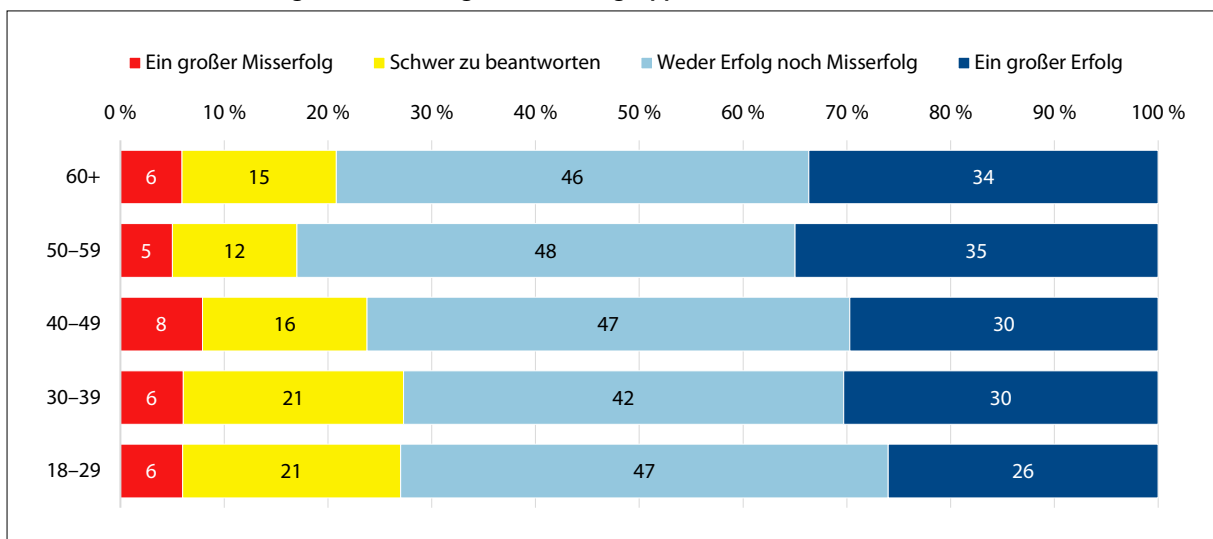
Quelle: Grupa Rejtyng, S. 26, http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_ua_2500_122019_press.pdf

Grafik 3: War das Treffen im Normandie-Format (Ukraine, Russland, Deutschland, Frankreich) Ihrer Meinung nach ein Erfolg oder Misserfolg? (nach Regionen, %)



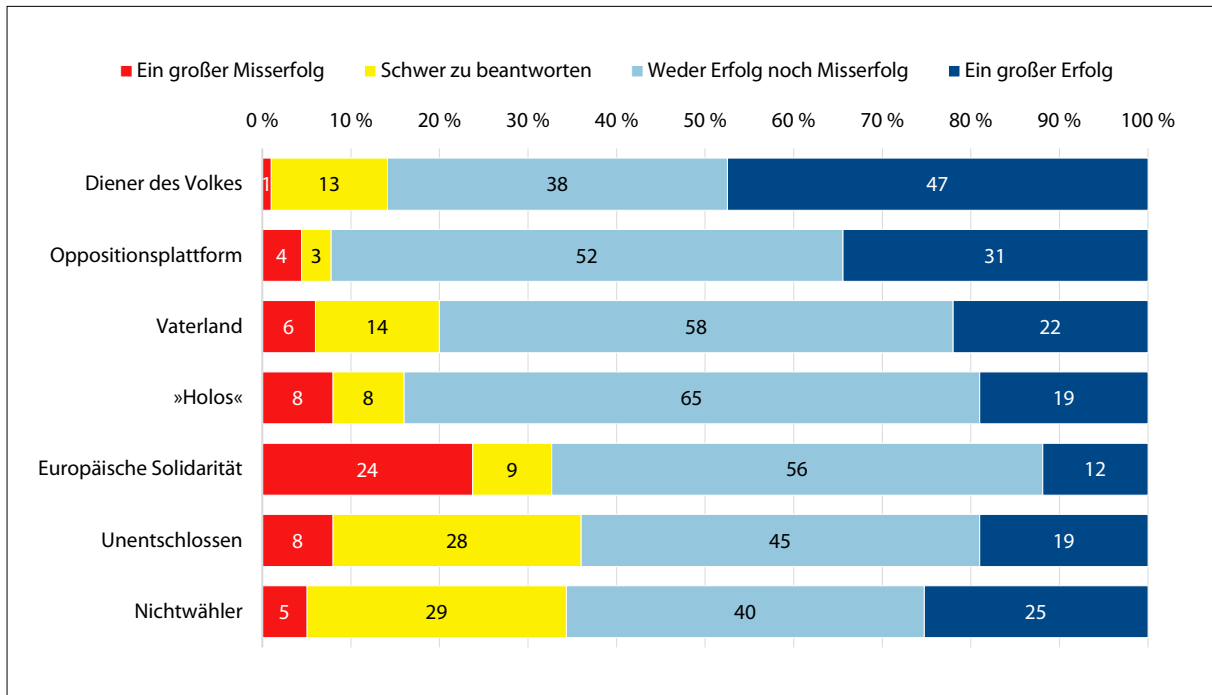
Quelle: Grupa Rejtyng, S. 28, http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_ua_2500_122019_press.pdf

Grafik 4: War das Treffen im Normandie-Format (Ukraine, Russland, Deutschland, Frankreich) Ihrer Meinung nach ein Erfolg oder Misserfolg? (nach Altersgruppen, %)



Quelle: Grupa Rejtyng, S. 28, http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_ua_2500_122019_press.pdf

Grafik 5: War das Treffen im Normandie-Format (Ukraine, Russland, Deutschland, Frankreich) Ihrer Meinung nach ein Erfolg oder Misserfolg? (nach elektoralen Präferenzen, %)



Quelle: Grupa Rejtyng, S. 28, http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_ua_2500_122019_press.pdf

25. November – 9. Dezember 2019

25.11.2019	In einer Umfrage des Kutscheriw-Zentrums für Demokratische Initiativen bewerten 41 Prozent der Befragten es negativ, dass die Mehrheit der neu gewählten Abgeordneten keine politische Erfahrung hat, wogegen 24 Prozent darin hauptsächlich Positives erkennen. Unmittelbar nach den Wahlen im Juli 2019 lagen die Anteile noch bei 25 Prozent und 35 Prozent.
25.11.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj führt ein Telefongespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Laut ukrainischem Präsidialbüro sei die Initiative zu dem Gespräch von Selenskyj ausgegangen. Selenskyj habe die Wichtigkeit der Rückgabe der drei ukrainischen Schiffe, die am 18. November erfolgt war, unterstrichen und habe gefordert, dass Russland auch die zuvor an Bord befindliche Ausrüstung zurückgebe. Man habe außerdem über die trilateralen Verhandlungen zwischen der Ukraine, Russland und der EU über zukünftige Gaslieferungen gesprochen.
25.11.2019	Die Partei des Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, »Diener des Volkes«, schließt den Abgeordneten Roman Iwanisow aus. Zuvor war bekannt geworden, dass er im Jahr 1995 für eine Gruppenvergewaltigung zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden war.
26.11.2019	Energieminister Oleksyj Orschel teilt mit, dass die Gastarife in der kommenden Heizperiode vom 1. Januar bis zum 1. Mai 2020 um 7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesenkt werden.
28.11.2019	Das staatliche Statistikbüro vermeldet einen Anstieg des nominalen mittleren Einkommens auf 10.700 Hrywnja (etwa 400 Euro). Dies bedeutet eine Steigerung um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die jährliche Inflationsrate lag im September 2019 bei 7,5 Prozent.
28.11.2019	In einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie geben 14 Prozent der Befragten an, mehr als die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für kommunale Dienstleistungen aufzuwenden. Insgesamt 45 Prozent geben an, dass ihre Ausgaben für kommunale Dienstleistungen im Oktober 2019 im Vergleich zu Oktober 2018 gestiegen seien.
28.11.2019	Der Anteil derjenigen, die in Umfragen angeben, mit der Arbeit des Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zufrieden zu sein, fällt auf 52 Prozent. Im September 2019 hatte der Anteil noch bei 73 Prozent gelegen, Anfang November bei 64 Prozent.
29.11.2019	Das »Parlament« der »Donezker Volksrepublik« verabschiedet einstimmig ein Dokument, das die Grenzen der »Volksrepublik« auf die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Jahr 2014 festlegt.
01.12.2019	Zum 1. Dezember 2019 wird das Existenzminimum von 2.007 auf 2.102 Hrywnja (etwa 79 Euro) angehoben. Aus diesem Grund steigen automatisch bestimmte Sozialleistungen wie die Mindestrente, die künftig 1.638 Hrywnja (etwa 61 Euro) beträgt.
01.12.2019	In der südukrainischen Stadt Mykolajiw wird der Journalist Oleksandr Wlaschtschenko überfallen. Der oder die Täter sprühen ihm eine unbekannt Substanz ins Gesicht und versetzen ihm Faustschläge. Er muss operiert werden.
02.12.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterstreicht, dass nach seiner Auffassung für die Durchführung von Wahlen in den von Separatisten kontrollierten Landesteilen zunächst alle bewaffneten Gruppen diese Region verlassen haben müssten. Er erklärt außerdem, dass er mit der Formulierung in den Minsker Vereinbarungen nicht einverstanden sei, nach der zunächst Wahlen stattfinden müssten und erst anschließend die Ukraine die volle Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze erhalte.
02.12.2019	Das ukrainische Außenministerium bestellt den ungarischen Botschafter István Íjgyártó ein, um ihm eine Protestnote zu übergeben. Íjgyártó hatte zuvor in einem Interview kritisiert, dass die Ukraine die Rechte der ungarischen Minderheit in der Region Transkarpatien nicht wahre und ihr keine ausreichende Autonomie gewähre. Er hatte zudem erklärt, dass Ungarn auch weiterhin die Arbeit der Ukraine-NATO-Kommission blockieren werde. Im Außenministerium verweist man auf das im Jahr 2017 verabschiedete Sprachengesetz, das nationalen Minderheiten freie Entfaltung gewähre. Gegen dieses Gesetz hatte seinerzeit die ungarische Regierung bereits protestiert, da es Unterricht in einer anderen als der ukrainischen Sprache auf die Grundschulzeit beschränke.

03.12.2019	Das Parlament beschließt ein von Präsident Wolodymyr Selenskyj initiiertes Gesetz, das die Leitungsstruktur des Staatlichen Ermittlungsbüros verändert und den bisherigen Direktor Roman Truba und seine Stellvertreter entlässt. Laut Selenskyj steht einer der Stellvertreter im Verdacht, Schmiergeld in Höhe von 150.000 US-Dollar angenommen zu haben.
03.12.2019	Das staatliche Unternehmen Ukrtransnafta und das russische Staatsunternehmen Transneft verlängern den laufenden Vertrag über den Transit von Erdöl durch die Ukraine bis zum 1. Januar 2030.
03.12.2019	In Deutschland wird der ehemalige Abgeordnete Oleksandr Onischtschenko festgenommen. Dies geschieht auf Antrag des ukrainischen Nationalen Antikorruptionsbüros und der Speziellen Antikorruptionsstaatsanwaltschaft. Die Behörden werfen Onischtschenko vor, gemeinschaftlich Gas des staatlichen Unternehmens Ukrhaswydobuwanja an fiktive Firmen verkauft zu haben, die das Gas anschließend zum höheren Marktpreis wieder an Ukrhaswydobuwanja zurück verkauften. Onischtschenko soll den Staat auf diese Weise um die abgeschöpfte Differenz in Höhe von 120 Millionen US-Dollar betrogen haben.
03.12.2019	Das Parlament beschließt zum 1. Januar 2020 die Aufhebung des staatlichen Monopols auf die Produktion von Spirituosen. Auch der Export wird vollständig liberalisiert, der Import bleibt bis zum 1. Januar 2022 jedoch staatlichen Importeuren vorbehalten.
04.12.2019	Mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme der »Oppositionsplattform – Für das Leben« beschließt das Parlament, dass auch freiwillige Teilnehmer der so genannten »Anti-Terror-Operation«, die die ukrainische Armee von 2014 bis 2018 im Donbas durchführte, Anspruch auf bestimmte Sozialleistungen haben, die regulären Armeeangehörigen zustehen.
05.12.2019	Die für den heutigen Tag geplanten trilateralen Verhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und der EU über den zum Jahresende auslaufenden Transitvertrag für Erdgas werden kurzfristig abgesagt. Am Vortag hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass die ukrainische Seite bisher »wirtschaftlich unhaltbare« Konditionen fordere.
05.12.2019	Andrij Jermak, Berater des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, erklärt auf einer Konferenz in London, dass man alles tun werde, um den Konflikt im Donbas friedlich und diplomatisch zu lösen. Falls die Gespräche mit Russland im Rahmen der Minsker Vereinbarungen jedoch scheitern sollten, erwäge man, entlang der Konfliktlinie eine »Mauer zu bauen«. Man werde dabei auf die Erfahrungen Israels zurückgreifen.
06.12.2019	In einer Umfrage des Kutscheriw-Zentrums für Demokratische Initiativen geben 45 Prozent der Befragten an, der Konflikt im Donbas sei eine »russische Aggression«. 17 Prozent unterstützen die Aussage, er sei ein »innerukrainischer Konflikt, in dem eine Seite von Russland unterstützt« werde, 13 Prozent erklären, es handle sich um einen »Krieg des Westens mit Russland auf dem Gebiet der Ukraine«, und 12 Prozent halten ihn für einen »rein innerukrainischen Konflikt«.
06.12.2019	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.
07.12.2019	Nachdem am 4. Dezember ein Brand in einer Ausbildungseinrichtung in Odessa mindestens zehn junge Menschen ums Leben gekommen waren, erklärt Präsident Wolodymyr Selenskyj per Erlass den 8. Dezember zu einem Tag der Trauer. Staatsflaggen müssen auf Halbmast gesetzt werden, Unterhaltungsveranstaltungen abgesagt und Rundfunkprogramme entsprechend verändert werden.
07.12.2019	Nachdem die Verhandlungen lange gestockt hatten, einigen sich die Ukraine und der Internationale Währungsfonds (IWF) auf ein neues, dreijähriges Kreditprogramm im Umfang von etwa 5,5 Milliarden US-Dollar. Selenskyj erklärt, das Programm werde dabei helfen, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und die Korruption zu bekämpfen.

08.12.2019	Vor dem Treffen im Normandie-Format zwischen Vertretern der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs am Folgetag fordern etwa zehntausend Menschen auf dem Maidan in Kiew von Präsident Selenksyj, keine Kompromisse mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin einzugehen – etwa bezüglich der von Russland geforderten Föderalisierung der Ukraine und der Wahlen im von Separatisten kontrollierten Landesteil. An der Kundgebung beteiligen sich u. a. die Parteien »Europäische Solidarität«, »Holos«, »Vaterland« und die rechtsradikale Partei »Freiheit«. Am Abend errichten einige Protestierende Zelte vor der Präsidialadministration. Im westukrainischen Lwiw demonstrieren etwa 1.000 Menschen.
09.12.2019	Nach Angaben des staatlichen Statistikinstituts geht die jährliche Inflationsrate auf 5,1 Prozent zurück.
09.12.2019	Am Abend beginnen in Paris die Gespräche im Normandie-Format unter Beteiligung der Präsidenten der Ukraine, Russlands und Frankreichs sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Staats- und Regierungschefs vereinbaren eine vollständige Umsetzung des Waffenstillstands im Donbas und einen Truppenrückzug an drei weiteren Orten entlang der Frontlinie bis Ende März 2020. Weiterhin rufen sie die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern Russlands, der Ukraine, und der OSZE auf, bis Ende des Jahres einen Gefangenaustausch im Format »alle gegen alle« zu ermöglichen. Wlodomyr Selenskyj und Wladimir Putin verhandeln im Rahmen des Treffens auch über einen neuen Transitvertrag für Erdgas. Der mitgereiste Geschäftsführer des ukrainischen Energiekonzerns Naftohaz, Jurij Witrenko, erklärt, man habe sich nicht auf einen neuen Vertrag einigen können. Ein Sprecher des ukrainischen Präsidenten unterstreicht gleichwohl, die Gespräche seien insgesamt sehr erfolgreich verlaufen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich)
 Assistenz: Leonie Eckl
 Chronik: Jan Matti Dollbaum
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>